



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion AfD

Urteil zu Rentenansprüchen von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der ehemaligen DDR unverzüglich umsetzen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3475**

Der Landtag wolle beschließen:

Vereinfachung der Arbeitsweise bei der Ermittlung von Rentenansprüchen von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der ehemaligen DDR

1. Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, unter Verwendung welcher Unterlagen die Zeiten des Bezuges von Verpflegungs- und Bekleidungsgeld für Angehörige der Deutschen Volkspolizei der DDR derzeit ermittelt werden, wie lange bei Beibehaltung der jetzigen Verfahrensweise mit dem derzeit eingesetzten Personal die aktuell vorliegenden Anträge voraussichtlich abgearbeitet sein werden. Zudem soll geprüft werden, inwieweit ein verstärkter Personaleinsatz und eine Änderung einer Verfahrensweise bei der Sachbearbeitung möglich und damit eine Steigerung der erledigten Fallzahlen zu erwarten ist.
2. Die Landesregierung wird gebeten, im Ausschuss für Inneres und Sport zu den im Antragspunkt 1 genannten Fragen zu berichten.

Begründung

Die im Antrag formulierten Forderungen sollen einer zügigen Bearbeitung von beantragten Ansprüchen im Sinne des Urteils des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt (LSG LSA, 1. Senat vom 27.04.2017, Aktenzeichen: L 1 RS 3/15) ohne vermehrten Personalaufwand dienen. In Anbetracht der bestehenden Personalnot in allen Bereichen der Landespolizei möge die Landesregierung prüfen, inwieweit auf Sachbearbeiterebene eine Vereinfachung der Datenerhebung und somit eine beschleunigte Bearbeitung der Anträge möglich ist. Im Rahmen der Berichterstattung im Ausschuss für Inneres und Sport soll explizit dargelegt werden, wann die Anliegen der Antragsteller des Geburtsjahrganges 1951 voraussichtlich abgearbeitet sein werden.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 23.10.2018)